

Sehr geehrte Frau Ministerin,
sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

Mit großem Bedauern mussten wir aus Tierschutzkreisen vernehmen, dass eine Aufweichung des Tierschutzgesetzes betreffend der Kastrationspflicht von Katzen in einem Entwurf vorgesehen ist.

Demnach geht es um die Definition der „Zucht“, der im neuen Entwurf einen unermesslichen Auslegungsspielraum schaffen würde und dem eigentlichem Zweck des Tierschutzes zuwider laufen würde, da er beinahe beliebig von jedem verwendet werden könnte, der diese Kastrationspflicht zu umgehen gedenkt.

Mit viel Engagement versuchen Tierschützer seit Jahren der Ausbreitung von Streunerkatzen und dem damit verbundenem Leid (Krankheiten und Seuchen) Einhalt zu geben.

Wir bitten Sie der Aufweichung des Tierschutzgesetzes entgegenzutreten und dafür Sorge zu tragen, dass der Begriff der „Zucht“ in diesem Fall nicht missbraucht werden kann.

Mit freundlichen Grüßen

Martin Seywald,
Herbert u. Rosemarie Seywald